



24.09.2024 12:01:44 AWP 1158
Schweiz (AWP)
Politik, Aktionär

Gewerbevertreter stellen Beteiligungen des Kantons Aargau in Frage

Aarau (awp/sda) - Der Kanton Aargau soll vier seiner 47 Beteiligungen an Anstalten und Unternehmen besonders genau überprüfen. Der Gewerbeverband sowie die **Industrie- und Handelskammer** sehen bei der Aargauischen Kantonalbank (AKB) den grössten Handlungsbedarf.

Für die staatliche Beteiligung an der AKB bestehe keine ökonomische Rechtfertigung mehr, sagte Hans Schibli, Vizepräsident des Aargauischen Gewerbeverbandes (AGV), am Dienstag an einer Medienkonferenz in Aarau. Laut der Studie "Überprüfung der Beteiligungen des Kantons Aargau" stelle die Staatsgarantie für die AKB ein erhebliches finanzielles Risiko für die Steuerzahler dar. In einem ersten Schritt sei deshalb eine Teilprivatisierung anzustreben.

Beat Bechtold, Direktor der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK), sagte, die AEW Energie AG solle sich auf das Kerngeschäft, also Stromerzeugung und Netzbetrieb, konzentrieren. Heute sei sie an Unternehmen beteiligt, die in direkter Konkurrenz zu privaten Anbietern stünden.

Auch bei der Schulverlag plus AG und der VIACAR AG (Online-Autoindex mehrerer Kantone) sieht die Studie Wettbewerbsverzerrungen. Der Kanton könne seine Anteile verkaufen. Die Beteiligung an sieben weiteren Anstalten und Unternehmen solle ebenfalls geprüft werden: Aargauische Gebäudeversicherung, Aargauische Pensionskasse, Axpo Holding AG, Kantonsspitäler Aarau und Baden, Park Innovaare, Nationalstrassen Nordwestschweiz (NSNW).